## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	. 11
Teil 1: Einleitung	. 15
A. Die Europäisierung der Daseinsvorsorgediskussion	. 15
B. Aufbau der Untersuchung	. 18
Teil 2: Begriffe der Daseinsvorsorgediskussion	. 19
A. Daseinsvorsorge	. 19
B. Dienstleistung von allgemeinem (wirtschaftlichem) Interesse I. Begriffsbestimmung	. 21 . 21
II. Abgrenzung zu anderen Begriffen	
1. Gemeinwohlverpflichtung und Gemeinwohlaufgabe	. 22
2. Universaldienst	
3. Öffentlicher Dienst	.23
C. Staatliche Ausgleichszahlung	. 24
Teil 3: Anwendbarkeit des europäischen Beihilfenrechts	. 25
A. Der unionsrechtliche Unternehmensbegriff	
I. Der funktionale Unternehmensbegriff des EuGH	.26
1. Rechtsform-, Organisations- und Finanzierungsunabhängigkeit	
2. Wirtschaftliche Tätigkeit	
a) EuGH	
aa) Ausübung hoheitlicher Gewalt	.31
bb) Bildungseinrichtungen	
cc) Systeme der sozialen Sicherheit	.34
b) Kommission	.38
c) Literatur	. 39
d) Stellungnahme und Versuch einer (positiven) Definition	.42
aa) Beurteilung der vorgeschlagenen Abgrenzungskriterien	.42
(1) Marktfähigkeit der Leistung	.42
(2) Subjektive Komponenten	
(3) Ausübung hoheitlicher Gewalt	.45
(aa) Unverzichtbarkeit hoheitlicher Gewalt zur	
Aufgabenerfüllung	.45
(bb) Hoheitliche Gewalt als exklusives Abgrenzungsmerkmal.	.46
(cc) Zwischenergebnis	.47
(4) Entgeltlichkeit und Gewinnerzielung	.47
(5) Leistungs-Gegenleistungsverhältnis und Marktfähigkeit der	
Leistung	.49
(6) Zwischenergebnis	.50

bb) Eigener Lösungsvorschlag: Definition der wirtschaftlichen	
Tätigkeit anhand ökonomischer Gesichtspunkte	50
(1) Rezeption ökonomischer Wissensbestände im Wege der	
ökonomischen Auslegung	51
(2) Das ökonomische Begriffsverständnis vom Markt	54
(aa) Marktdefinition	54
(bb) Marktziele	56
(cc) Austauschprozess im Markt	56
(3) Marktversagen	57
(aa) Externe Effekte	58
(bb) Extremfall der externen Effekte: "Öffentliche Güter"	59
(cc) Unteilbarkeiten	61
(dd) Ruinöse Konkurrenz	62
(ee) Informationsasymmetrien	62
(ff) Anpassungsmängel	63
(4) Schlussfolgerungen	65
cc) Zusammenfassung zur wirtschaftlichen Tätigkeit	66
II. Selektivität der staatlichen Maßnahme (Bestimmtheit)	68
B. Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährt Zuwendungen	68
C. Verursachung einer (drohenden) Wettbewerbsverfälschung und	
Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	70
I. Verursachung einer (drohenden) Wettbewerbsverfälschung	
1. Spürbarkeit der Wettbewerbsverfälschung	
a) Anhaltspunkte in der Rechtsprechung des EuGH	
b) Vergleich mit anderen wettbewerbsbezogenen Regelungen	
aa) Parallele zu den Grundfreiheiten	
bb) Parallele zum Kartellrecht	
cc) Zusammenfassung	
c) Bedenken gegen eine Spürbarkeitsschwelle	
d) Stellungnahme	
2. Ergebnis	
II. Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	
1. Lokale Sachverhalte	
a) Kommission	
b) EuGH	
c) Stellungnahme	
2. Spürbarkeit der Beeinträchtigung des Handels zwischen den	
Mitgliedstaaten	84

Teil 4: Der Beihilfentatbestand und Ausgleichzahlungen für	
Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	85
A. Streitstand	85
I. Daseinsvorsorge als marktübliche Gegenleistung	
II. Die verschiedenen Ansätze	
1. Beihilfeansatz	
2. Ausgleichsansatz	88
3. Derivate des Beihilfe- und Ausgleichsansatzes	88
III. Die praktischen Unterschiede der Ansätze	89
B. Genese der Positionen der Unionsorgane	91
I. Die Rechtsprechung des EuGH und EuG bis zur Ferring-Entscheid	
des EuGH	
II. Ausgleichsansatz des EuGH in der Rechtssache Ferring	94
1. Sachverhalt und Entscheidung	94
2. Disput zwischen den Generalanwälten	95
a) Die Kritik des Generalanwaltes <i>Léger</i>	95
b) Der vermittelnde Ansatz des Generalanwaltes <i>Jacobs</i>	
c) Der Gegenleistungsansatz der Generalanwältin Stix-Hackl	
3. Disput in der Literatur	
III. Modifizierter Ausgleichsansatz des EuGH in der Rechtssache Alt	
Trans	
1. Sachverhalt und Entscheidung	
2. Diskussion in der Literatur	
a) Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem <i>Altmark-Trans-</i> U	
b) Die dogmatischen Ansätze	
c) Würdigung der Diskussion	
IV. Modifizierung der <i>Altmark-Trans</i> -Kriterien durch das EuG in der	
Rechtssache BUPA	
C. Untersuchung des Altmark-Trans-Ansatzes	113
I. Voraussetzungen einer beihilfenrelevanten Kompensation	
Der fiskalische Erwerb von Wirtschaftsgütern	
a) Die Zuwendung	
b) Die angemessene Gegenleistung	
aa) Vorliegen einer Gegenleistung	116
bb) Marktadäquanz der Gegenleistung	
(1) Beurteilung anhand des <i>Privat Investor Tests</i>	
(aa) Die Prüfhypothese des Privat Investor Test	
(bb) "Kauf" gemeinwirtschaftlicher Dienstleistungen als	
normales wirtschaftliches Verhalten	120
(2) Beurteilung anhand ökonomischer Kriterien	
(aa) Die Marktprozesse zur Bildung des Marktpreises	123
(bb) Vergleich mit fiskalischem Kauf	

c) Zwischenergebnis	128
2) Ergebnis	
II. Subsumtion der Altmark-Trans-Kriterien unter den Beihilfenbegriff	
a) 2. Alternative der <i>Altmark-Trans-</i> Lösung: Vergleich mit einem	
durchschnittlichen, gut geführten Unternehmen	130
aa) Anrechenbare Gegenleistung (1. Stufe)	130
bb) Angemessenheit der Gegenleistung (2. Stufe)	131
cc) Zwischenergebnis	
b) 1. Alternative der Altmark-Trans-Lösung: Verfahren zur Vergabe	e
öffentlicher Aufträge	
aa) Anrechenbare Gegenleistung (1. Stufe)	133
bb) Angemessenheit der Gegenleistung (2. Stufe)	134
(1) Art des Vergabeverfahrens	134
(2) Wirkung des Vergabeverfahrens	135
cc) Zwischenergebnis	135
III. Beurteilung der BUPA-Lösung des EuG	136
D. Ergebnis und Schlussfolgerungen	137
2. 2. geenis una semussjergerungen	. 10,
Teil 5: Die Rechtfertigung von Ausgleichszahlungen nach Art. 106	
Abs. 2 AEUV	141
A. Anwendbarkeit des Art. 106 Abs. 2 AEUV	. 141
B. Die Voraussetzungen des Art. 106 Abs. 2 AEUV	. 142
I. Unternehmen	143
II. Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	143
III. Betrauung	
1. Sinn und Zweck	
2. Formelle Anforderungen an den Betrauungsakt	145
3. Materielle Anforderungen an den Betrauungsakt	147
a) Exklusivität der Sonderaufgabe	
aa) Entscheidung des EuG in der Rechtssache BUPA	
bb) Ansichten in der Literatur	148
cc) Stellungnahme: Notwendigkeit der Anerkennung	
mitgliedstaatlicher Freiräume	148
b) Regelungsdichte des Betrauungsaktes	150
aa) Präzisierung der Regelungsdichte durch den Beschluss der	
Kommission vom 20.12.2011	150
bb) Aufweichung der Anforderungen durch das BUPA-Urteil	151
cc) Stellungnahme	152
IV. Verhinderung der Aufgabenerfüllung im Sinne des Art. 106 Abs. 2	
S. 1 AEUV	153
1. Die rechtliche oder tatsächliche Verhinderung der Erfüllung der	
besonderen Aufgabe	154
a) Zum Verhinderungsmaßstab	155

aa) Auslegung des Verhinderungsmaßstabes durch EuGH und	
Kommission	
bb) Auffassungen in der Literatur	156
cc) Stellungnahme	157
b) Zur Erforderlichkeit der Beihilfe	158
aa) Maßstab im Beihilfenrecht: Ausgleich der Nettomehrkosten.	158
(1) Bedenken gegen den Höchstsatz der Nettomehrkosten	159
(2) Stellungnahme	160
bb) Ergebnis: Notwendigkeit des Ausgleichs der (vollen)	
Nettomehrkosten	
2. Die Entscheidung der Kommission vom 28.11.2005 und der Besch	ıluss
der Kommission vom 20.12.2011	164
V. Die Gegenausnahme nach Art. 106 Abs. 2 S. 2 AEUV	166
1. Voraussetzungen der Gegenausnahme	167
a) Beeinträchtigung der Entwicklung des Handelsverkehrs	
b) Interesse der Union	
2. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	
a) Wirkung des Art. 14 AEUV	
b) Beschluss der Kommission vom 20.12.2011	
VI. Zusammenfassung	171
C. Das Verfahren zur Rechtfertigung einer Beihilfe nach Art. 106	
Abs. 2 AEÜV	172
I. Allgemeine Anforderungen bei der Vergabe von Beihilfen	173
II. Befreiung von den verfahrensrechtlichen Pflichten des Art. 108	
Abs. 3 AEUV	174
1) Beihilfen im Anwendungsbereich des Beschlusses der Kommissio	n
vom 20.12.2011	174
3) Urteil des EuGH vom 12.2.2008 in der Rechtssache CELF	177
III. Ergebnis	
D. Zusammenfassung	
Teil 6: Zusammenfassung der Ergebnisse	183
Literaturverzeichnis	189